

Inhalt:

Immer mehr Flächen für weniger Menschen?

Seit Jahren kritisiert die grüne Bürgerschaftsfraktion die überzogenen Wachstumsprognosen der großen Koalition und deren daraus abgeleitete Stadtentwicklungspolitik. [... zum Artikel](#)

Eines ist sicher: die nächste Rentenreform

Eine grundlegende Rentenreform ist zwingend nötig. Die Grünen sind mit ihrer Programmatik zwar auf der Höhe der Zeit, doch müssen sie in Berlin die SPD wohl zum Jagen tragen. Ein Beitrag von Karoline Linnert. [... zum Artikel](#)

Bremen braucht endlich ein Landesvergabegesetz

Das Land Bremen ist auf der Landkarte der Tariftreue noch immer ein weißer Fleck. Die große Koalition sperrt sich gegen ein Landesvergabegesetz. [... zum Artikel](#)

Ein Stadtstaat ist kein Flächenstaat

Verschiedene Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung standen im Vordergrund einer dreiteiligen Reihe der Bürgerschaftsfraktion der Grünen im Oktober und November. [... zum Artikel](#)

Sicherung der Häfen – aber ohne finanzielle Abenteuer

Bremen will sich gleichzeitig an zwei Jahrtausendbauten von Häfen beteiligen. Allein der Ausbau des Containerterminals IV in Bremerhaven überfordert jedoch das Bundesland. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Personalien](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

Immer mehr Flächen für weniger Menschen?

Seit Jahren kritisiert die grüne Bürgerschaftsfraktion die überzogenen Wachstumsprognosen der großen Koalition und deren daraus abgeleitete Stadtentwicklungspolitik.

Munter weist der Senat neue Gewerbegebiete aus, es entstehen überdimensionierte Straßennetze und Einfamilienhäuser am Stadtrand. Dabei blenden die Regierungsfractionen Aspekte wie Nachhaltigkeit und zukünftige Entwicklungen komplett aus.

Im August haben die Grünen eine umfangreiche Große Anfrage zum demographischen Wandel an den Senat gerichtet. Dessen Antwort macht vor allem eines deutlich: Die Stadtentwicklungspolitik braucht dringend eine Wende! Bremen und Bremerhaven stehen vor gravierenden Veränderungen. Voraussichtlich werden in Bremen im Jahre 2020 etwa 30.000 Menschen weniger leben als heute. Bremerhaven wird sogar ein Viertel seiner Bevölkerung verlieren. Gleichzeitig wird die Bevölkerung in beiden Städten immer älter, es wird weniger Kinder und mehr Zuwanderer aus anderen Ländern geben. ›Auf diesen Wandel muss sich die Stadtentwicklungspolitik endlich vorbereiten‹, erklärt Karin Krusche, baupolitische Sprecherin. ›Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen ist es aus ökologischen und ökonomischen Gründen unvertretbar, die Städte immer weiter auszudehnen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass der Flächenverbrauch in den nächsten Jahren drastisch reduziert wird.‹

Dabei habe die Entwicklung bereits erschlossener Flächen absoluten Vorrang. Nach Ansicht der Grünen müssen die Hafenreviere, das Güterbahnhofsgebiet sowie die vielen Brachflächen in der Stadt zu attraktiven Teilen Bremens umgestaltet werden. Die Erhaltung von Grün- und Freiräumen sowie die Aufwertung der Lebensqualität in den Stadtteilen seien wichtige Grundlagen für eine kompakte Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen und in der ihre Interessen berücksichtigt werden. Karin Krusche: ›Wir wollen Bremen als lebendige, attraktive, spannende Stadt, die ihre Anziehungskraft für neue Unternehmen, Tourismus und BewohnerInnen aus ihrer Qualität schöpft und nicht aus dem Ausverkauf ihrer Chancen und Potenziale.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Grün wirkt weiter

Eine grundlegende Rentenreform ist zwingend nötig. Die Grünen sind mit ihrer Programmatik zwar auf der Höhe der Zeit, doch müssen sie in Berlin die SPD wohl zum Jagen tragen. Ein Beitrag von Karoline Linnert.

Der Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung gibt für das wichtige sozialpolitische Problem der Alterssicherung vor dem Hintergrund von hohen Erwerbslosenzahlen und dem unübersehbaren demographischen Wandel erschreckend wenig her. Die Tatsache, dass Bundeskanzler Schröder heute das hohe Tempo bei der Verhandlung des Koalitionsvertrages als Fehler bezeichnet, kann nicht darüber hinwegtrösten, dass die Bundesregierung als Ganzes konzeptionslos in die nächste Runde der Reform der Alterssicherung geht. Schade um die grünen Konzepte, die stringent Generationengerechtigkeit zur Leitidee gemacht haben. Unsere Programmatik ist auf der Höhe der Zeit: Einbeziehung aller Einkommen zur Alterssicherung, Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze, Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen. Das in weiten Teilen bewährte soziale Sicherungssystem in Deutschland fußt zu einseitig auf der lebendigen Arbeit von Menschen und zu wenig darauf, dass die Arbeit von Maschinen oder die Einkünfte aus Kapitalvermögen sinnvoll zur Alterssicherung herangezogen werden sollten. Leider stoßen die Vorstellungen bei Sozialdemokraten bis heute auf wenig Gegenliebe. Ein zentrales Argument ist, dass dann die Parität in der Finanzierung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Selbstverwaltung der Rentenversicherung nicht mehr gewahrt sei. Aus grüner Sicht ist dieses Argument nicht stichhaltig: Die Parität ist eine Konstruktion aus der Bismarckschen Zeit und wurde später unter dem Markenzeichen ›Sozialpartnerschaft‹ ideologisch verbrämt. In Wirklichkeit geht es immer um Lohnbestandteile; das Arbeitgeberbrutto könnte genauso gut identisch sein mit dem Arbeitnehmerbrutto – wo wäre dann der ›Arbeitgeberanteil‹? Die jetzt notwendige Steigerung des Rentenversicherungsbeitrages ist eine Niederlage für eine Politik zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Die jetzt einberufene Kommission zur Rentenreform wird wenig anderes vorschlagen können, als das, was bei den Grünen seit langem Programm ist. Betriebliche Alterssicherung und private Zusatzversicherung sind weitere Bausteine, Kernbestandteil wird aber eine Verbreiterung der Basis sein. Der Trend der letzten Jahre war umgekehrt: Anwälte und Steuerberater bauen eigene Versorgungsstrukturen auf, der Stellenwert der abhängigen Beschäftigung wird im Verhältnis zu Einkünften aus Kapitalvermögen eher geringer. Eine Volksversicherung nach Schweizer Vorbild mit privater Zusatzversicherung würde Deutschland auch in Bezug auf die EU-Harmonisierung gut ausstatten. Alterssicherung ist ein träger Tanker: Alle bis heute erworbenen Ansprüche müssen erhalten bleiben. Die Grünen sind für die notwendige Reform der Alterssicherung inhaltlich bestens aufgestellt.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bremen braucht endlich ein Landesvergabegesetz

Das Land Bremen ist auf der Landkarte der Tariftreue noch immer ein weißer Fleck. Die große Koalition sperrt sich gegen ein Landesvergabegesetz.

X-mal hat die grüne Bürgerschaftsfraktion gefordert, endlich ein Bremisches Landesvergabegesetz zu verabschieden. Aber außer windelweichen Absichtserklärungen der großen Koalition ist nichts Konkretes passiert. Bei der Durchführung öffentlich finanzierter Bauvorhaben müssen die Einhaltung von Tarifen und der Sozialschutz der Beschäftigten sichergestellt werden. Im Baubereich führt der Einsatz von Billiglohnkräften zu Wettbewerbsverzerrungen. Das Gesetz muss außerdem den Hoch- und Tiefbau und den Öffentlichen Personennahverkehr mit umfassen.

Politik darf nicht länger wegschauen, sondern muss konsequent handeln. Das Land Bremen hat in den letzten Jahren Millionen in öffentliche Bauvorhaben investiert, aber versäumt dafür zu sorgen, dass ein fairerer Wettbewerb stattfindet.

Wir benötigen umgehend Regelungen für die Gesellschaften, an denen das Land oder die Stadt wesentlich beteiligt sind sowie eine wirksame Kontrolle, um Auftragsvergaben transparent zu machen und Korruption zu verhindern. Und: Bremen braucht wie Hamburg eine zentrale Vergabestelle.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Ein Stadtstaat ist kein Flächenstaat

Verschiedene Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung standen im Vordergrund einer dreiteiligen Reihe der Bürgerschaftsfraktion der Grünen im Oktober und November.

Den Auftakt bildete die Veranstaltung ›Menschliche Städte für städtische Menschen‹. Dass die Devise der großen Koalition ›Je mehr Fläche – desto mehr Arbeitsplätze – desto mehr Einwohner – desto mehr Steuern‹ überholt ist, liegt in Anbetracht der demographischen Entwicklung auf der Hand. Die Grünen fordern deshalb seit langem, dass die Stadtentwicklungspolitik in Bremen diese Realität bei den Planungen für den zukünftigen Flächenverbrauch endlich berücksichtigt.

Dass eine Wende in der Flächenpolitik auch aus umweltpolitischen Gründen dringend notwendig ist, zeigte die zweite Veranstaltung mit dem Titel ›Hochwasser in Bremen: mögliche Katastrophe oder Schreckgespenst?‹ Durch die Hochwasserkatastrophe im Osten Deutschlands ist die Diskussion um den Klimawandel und die Hochwassergefährdung auch des Landes Bremen wieder aktuell. WissenschaftlerInnen erwarten auch für Bremen und den Unterweserraum ›empfindliche Störungen des zivilisatorischen Systems‹ mit deutlichen ökonomischen Schäden, wenn extreme Wetterereignisse mit anhaltendem Regen, starkem Wind und hohem Binnenwasser immer öfter eintreten. Auch hier kann die Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen, Gefahren eines möglichen Hochwassers zu mindern. Dazu Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin der grünen Fraktion: ›Gerade Flächenpolitik ist für uns Grüne von herausragender Bedeutung, da sie in engem Zusammenhang mit der Umwelt steht. Die großflächige Versiegelung, wie sie die große Koalition in den letzten Jahren durchgeführt hat, trägt neben dem Klimawandel dazu bei, die Hochwassergefahr zu erhöhen.‹

In der letzten Veranstaltung ›Grünes Bremen erhalten und gestalten‹, die auch als ›Dach‹ der Reihe zu verstehen ist, hatten Bürgerinitiativen das Wort. Viele Menschen in Bremen, die sich für eine lebenswerte Stadt und den Erhalt von Grünflächen einsetzen, fühlen sich von den politischen Entscheidungswegen abgeschnitten. Bei der Abwägung, wo Straßen, Gewerbeflächen oder Wohnungsbau entstehen sollen, bleibt der Wille der BürgerInnen zu oft auf der Strecke. ›Wir haben all diejenigen zur Diskussion eingeladen, die ihre Beteiligung am Projekt ‚Zukunftsstadt‘ öffentlich einfordern. Dies ist auf reges Interesse gestoßen. Viele Initiativen und andere interessierte Bürgerinnen und Bürger haben das Forum genutzt, um über den Tellerrand zu blicken, sich zu informieren und auszutauschen‹, resümiert Karin Krusche, baupolitische Sprecherin. [... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Sicherung der Häfen – aber ohne finanzielle Abenteuer

Bremen will sich gleichzeitig an zwei Jahrtausendbauten von Häfen beteiligen. Allein der Ausbau des Containerterminals IV in Bremerhaven überfordert jedoch das Bundesland.

Entgegen den optimistischen Prognosen der großen Koalition sind für den CT IV bisher noch keine privaten Investoren gefunden worden. Deshalb schultert Bremen das teure Projekt nun allein – aus Steuermitteln. Nach Ansicht des hafenspolitischen Sprechers Manfred Schramm ist dies eine fatale Fehlentscheidung: ›Abgesehen von den ökologischen Gründen, aus denen allein sich CT IV schon verbietet, ist die Milliardeninvestition finanzpolitisch nicht tragbar. Bremen übernimmt sich damit – Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis zueinander‹, kritisiert der Grüne. Für den geplanten Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven droht eine ähnliche Situation: Hier sollen ›künftige private Betreiber‹ Kosten für die Suprastruktur des Hafens in Höhe von 306 Millionen Euro aufbringen – bis zum jetzigen Zeitpunkt ist noch kein einziger bekannt.

Ein Hafen muss reichen ...

Aus wirtschaftspolitischer Sicht lässt sich der gleichzeitige Bau beider Häfen nicht rechtfertigen. ›Zum einen sind die Häfen nicht der Job-Motor, für den die große Koalition sie hält. Dazu ist der Trend zu Rationalisierung und Automatisierung zu groß. Zum anderen würden wir die norddeutsche Region eher schwächen als stärken, wenn wir zwischen Bremerhaven und Wilhelmshaven den Wettbewerb ausrufen‹, betont Schramm und verweist auf die viel gerühmte regionale Kooperation der Küstenländer. ›Das jetzige Modell Jade-Weser-Port wird von der gesamten Nordwestregion als Chance für eine Entwicklung begriffen. Das werden wir unterstützen.‹

Die Grünen haben es sich zum Ziel gesetzt, die Häfen zu sichern und ihre ökologische und ökonomische Funktion zu stärken. Finanzielle Abenteuer wollen sie dabei vermeiden. Manfred Schramm: ›Häfen haben als Schnittstelle zum umweltfreundlichen Seeverkehr und Gütertransport eine große Bedeutung. Für die regionale Wirtschaft, ihre zukunftsfähige Entwicklung und damit auch für die Arbeitsplätze in der Region bilden die Häfen eine wichtige Säule. Sie bieten viele Entwicklungspotenziale, beispielsweise im maritimen Dienstleistungsbereich, in maritimer Technologie und in der Logistik.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Scherf wirkt wei...ter als Märchenonkel

Foto: Bürgermeister Dr. Henning Scherf bei seiner Begrüßungsansprache vor der Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am 18. Oktober 2002 in der Bremer Stadhalle.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Zu Besuch in Huchting

Einen ganzen Tag lang informierte sich die grüne Fraktion in zahlreichen Gesprächen über die Situation, die Probleme und die positiven Ansätze in Huchting. Im Mittelpunkt standen die Arbeitsplatzsituation, Verkehrsprobleme, Schulstruktur und die Jugendarbeit im Stadtteil. Weitere Themen waren das Roland-Center und die geplante Wohnbebauung auf den Brokhuchtinger Überschwemmungsflächen.

Fit für Familie

Im September informierten sich Vertreterinnen der grünen Fraktion bei Gerti Gerlach und zwei MitarbeiterInnen vom Deutschen Kinderschutzbund in der Humboldtstraße über das Projekt ›Bremer Elternnetz – Fit für Familie‹ zur Familienberatung, das ab Januar 2003 unter www.elternnetz.de online geht. Anja Stahmann, kinderpolitische Sprecherin der Fraktion: ›Das Recht auf gewaltfreie Erziehung lässt sich nur umsetzen, wenn verstärkt niedrigschwellige Beratung gerade auch für junge Eltern angeboten wird. Solche innovativen Angebote müssen unbedingt gefördert und finanziell abgesichert werden.‹

Brüssel nicht verärgern

Auf ihrer dreitägigen Brüsselfahrt sprach die grüne Fraktion unter anderem mit grünen Europa-Abgeordneten, einem Mitglied der deutschen Vertretung bei der NATO, einem Vertreter des Ausschusses der Regionen und mit dem Leiter der Bremer Vertretung bei der EU, Christian Bruns. Bei den Treffen wurde deutlich, dass Bremen auf zahlreichen Ebenen von EU-Förderprogrammen profitiert und es sich nicht leisten kann, durch undurchsichtige Verfahren oder Mausechelen die Brüsseler zu verärgern. Die Fraktionsvorsitzende Karoline Linnert betont: ›Der Senat muss endlich erkennen, dass ein gutes Verhältnis zur EU von essentieller Bedeutung für Bremen ist.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Ungleichgestellt

Aus dem Bericht des Senators für Finanzen geht hervor, dass das 12 Jahre alte Landesgleichstellungsgesetz in der Verwaltung noch immer nicht umgesetzt ist. ›Die Argumente sind abenteuerlich, aber es gibt nicht einmal Sanktionen‹, ärgert sich die frauenpolitische Sprecherin Doris Hoch. Sie fordert gezielte Maßnahmen, die eine Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsfunktionen und die Fortschreibung der Frauenförderpläne vorantreiben.

mehr Infos: [Doris Hoch](#)

Standort prüfen

Für die Entwicklung eines ›Science Park‹ an der International University Bremen soll nach Ansicht der grünen Fraktion an anderen Standorten begonnen werden, bevor der ›Oeversberg‹ angetastet wird. ›Das Verhältnis der AnwohnerInnen zur IUB darf nicht weiter leiden‹, betont der wissenschaftspolitische Sprecher Hermann Kuhn. CDU und SPD lehnten den grünen Antrag in der Bürgerschaft ab und ließen sich mit einem Gutachterauftrag alle Türen offen.

mehr Infos: [Hermann Kuhn](#)

Als echter Härtefall

... für die Betroffenen erweist sich die große Koalition in Sachen humanitärer Lösungen im Ausländerrecht. Zunächst eine beeindruckende Anhörung in der Bürgerschaft und ein von CDU und SPD abgelehnter grüner Antrag im Februar 2002. Jetzt ein Brief der beiden Kirchen und ein ›Beschluss‹ der SPD-Fraktion: Dennoch wird es in Bremen keine Härtefallkommission geben. Fazit: Liberalität und Humanität sind mit dieser Koalition einfach nicht machbar.

mehr Infos: [Matthias Güdner](#)

Überstimmt

Durch eine Neugestaltung der Volksgesetzgebung wollen die Grünen eine Stärkung der Bürgerrechte erreichen und Bürgeranträge und Volksbegehren erleichtern. Während die CDU jede Reform ablehnte, hatte die SPD in der Maisitzung der Bürgerschaft Bereitschaft signalisiert, den grünen Vorschlag in ihre Beratungen einzubeziehen. Im Oktober folgte sie dann allerdings brav ihrem Koalitionspartner und lehnte den grünen Antrag ab.

mehr Infos: [Hermann Kuhn](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Der ›Erlebnisraum Flusslandschaft Weser‹ muss nicht erst für viel Geld geschaffen werden, wir haben ihn, jetzt und gut zugänglich für alle. Es gibt in Bremen zurzeit genügend Flächen, die für neue Gewerbeansiedlungen genutzt werden können. Es kann nicht widerstandslos hingenommen werden, dass Bremen sein grünes Kapital verschleudert. Die einfache Formel ›neues Gewerbegebiet = neue Arbeitsplätze‹ ist eine Vortäuschung falscher Tatsachen.

Das Beispiel der schon zerstörten Hemelinger Marsch zeigt deutlich, dass ein Bedarf an Flächen überhaupt nicht vorhanden ist. Dieser unsinnige, gigantische Verbrauch an Flächen steht auch im krassen Widerspruch zur ›Agenda 21‹, die einen nachhaltigen Umgang mit der Natur fordert. Schirmherr der ›Lokalen Agenda 21‹ hier in Bremen ist unser Bürgermeister Scherf. Aber er ist eben nur ›Schirmherr‹, denn in seiner konkreten Politik handelt er entgegengesetzt zu den Zielen der Agenda.

Gisela Lohße-Trommsdorff,

Sprecherin der Bürgerinitiative ›Erhaltung der Wesermarsch im Bremer Osten‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Neue Grundschule: mehr, länger, besser

Das Klima ist günstig für eine umfassende Schulreform. Selbst die bürgerliche ›Zeit‹ und die württembergische Handwerkskammer fordern ein Schulsystem wie in den bei PISA erfolgreichen skandinavischen Ländern. Die 9-jährige Basis- oder Gesamtschule ist das Schulmodell der Zukunft. Die Bremer Grünen setzen schon seit Jahren darauf, alle Kinder länger gemeinsam zu unterrichten und zugleich individuell besser zu fördern. Als ersten Schritt wollen wir jetzt im ganzen Land die 6-jährige Grundschule als echte Ganztagschule durchsetzen und die Orientierungsstufe abschaffen.

„Die Kinder noch länger in eine Kuschelschule schicken?“ ist der erste Einwand vieler Eltern. Aber: Moderner handlungsorientierter Unterricht und solides fachliches Wissen sind keine Gegensätze. Grundschulkindern in Schweden sprechen besser Englisch als bei uns viele Gymnasialkinder in Klasse 8.

Andere Eltern sorgen sich, dass ihre Kinder nicht genug gefordert würden. Das ist im jetzigen Schulsystem oft so. Aber die neue Grundschule soll ganztags von 9 bis 16 Uhr auch für besonders begabte Kinder Anreize und Angebote bieten, die schnelleres und nicht langsames Lernen unterstützen.

Wir Grünen wollen diesen Weg mit voller Kraft gehen und nicht auf Sparflamme, wie die große Koalition plant. Wer nicht begreift, dass eine Schulreform überfällig ist und das Geld dafür gut angelegt ist, verspielt die Zukunft.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Personalien

Dieter Mützelburg

Der (dienst-)älteste grüne Abgeordnete Dieter Mützelburg, 59, war schon 1983 in der ersten grünen Bürgerschaftsfraktion. Der Journalist und Hochschullehrer ist Vorsitzender des Haushaltsausschusses, engagiert sich in der Schulpolitik für Gesamtschulen nach dem schwedischen Modell und setzt sich für bessere ÖPNV-Angebote ein. Privat ist er Fußballfan, Bahnkritiker und Opernkenner.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Diskussionsforum zur Studienreform: ›Auswahl von Studierenden, Auswahl für Studierende? Die Zukunft der ZVS.«

Moderation: Hermann Kuhn, MdBB

15. Januar 2003

16-18 Uhr

Haus der Bürgerschaft, Raum III

Am Markt 20, 28195 Bremen

Korruption – Entstehung, Bedrohungspotenzial und Probleme ihrer Bewältigung

Grußwort: Wilfried Turk, ehemaliger Präsident der Architektenkammer Bremen

Referenten:

Dr. Justus Woydt, Transparency International Deutschland, Polizeipräsident a. D., Hamburg

Dr. Matthias Güldner, innenpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion

23. Januar 2003

20 Uhr

Architektenkammer Bremen

Geeren 41-43, 28195 Bremen

Zur Zukunft des Strafvollzugs in Bremen

Moderation: Hermann Kuhn, justizpolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion

29. Januar 2003

16 Uhr, Festsaal

Haus der Bürgerschaft

Am Markt 20, 28195 Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch + Satz: Thomas Kollande-Emigholz

Fotos: Dagmar Bleiker, Peter Hammer, Carsten Heidmann, Monika Heuß, Gisela Lohße-Trommsdorff privat, Andrea Quick, tok

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)